

Rede zur Hochschulpolitik (Plenarsitzung vom 04.06.2008)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! In Hessen haben wir von der Linken dafür gesorgt, dass die Studiengebühren wieder abgeschafft werden.

(Lachen von der CDU)

Auch in NRW werden wir in zwei Jahren dafür sorgen, dass das hier der Fall ist.

(Lachen von Ursula Doppmeier [CDU])

Wir von den Linken – ganz im Gegensatz zu Ihnen von der neoliberalen Koalition – verstehen Hochschule weiter als öffentliche Aufgabe. Entsprechend muss auch die Finanzierung aussehen. Denn das ist der zentrale Punkt. Die Finanzierung der Hochschulen und der Bildungssysteme insgesamt muss durch höhere Spitzensteuern, höhere Erbschaft- und Vermögensteuern und höhere Unternehmensteuern erfolgen und nicht durch Studiengebühren.

Unser Ziel ist es, Studienplätze zu schaffen, Chancengleichheit zu fördern und die Hochschulen gut auszustatten. Die Realität sieht aber so aus, dass die Hochschulen immer maroder werden, Personal abgebaut wird. Es fehlen mindestens 5 Milliarden €

Die Zielvorstellung von FDP-Minister Pinkwart entspricht dem amerikanischen Hochschulsystem mit einer Hochschullandschaft mit einigen wenigen Spitzenuniversitäten mit Ausbildungsangeboten für den Nachwuchs der Reichen und Besserverdienenden und mit der – in ganz unterschiedlicher Qualität vorhandenen – großen Masse von Hochschulen für die große Masse der Studierenden; letztlich alles privat finanziert, versteht sich. Das ist ihr neoliberales Modell von Hochschulpolitik.

Noch verschärft wird dies, indem die Masse der Studierenden in verschulte Bachelor-Studiengänge gedrängt wird und nur noch eine quotenmäßig festgelegte kleine Gruppe zu einem Masterstudium mit wissenschaftlichem Anspruch zugelassen wird.

Dies ist das Modell der Landesregierung, das vom Bertelsmannschen Centrum für Hochschulentwicklung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft aufgenötigt wird. Die Wissenschaft und nicht die Politik! Die Krake Bertelsmann gibt die Hochschulleitlinie vor. Das ist die Realität, die wir in Nordrhein-Westfalen erleben. Das lässt sich mit dem nordrhein-westfälischen Hochschulfreiheitsgesetz sogar schwarz auf weiß belegen.

Ende 2005 veröffentlichte der Gütersloher Think-Tank von Bertelsmann „Zehn CHE Anforderungen an ein Hochschulfreiheitsgesetz für Nordrhein-Westfalen.“ In diesen Anforderungen finden sich teilweise sogar bis in den Wortlaut hinein die Formulierungen wieder, die der nordrhein-westfälische FDP-Minister Pinkwart ohne jede politische Debatte in seiner Partei, geschweige denn im Landtag, kurze Zeit später auf einer Pressekonferenz als seine eigenen Eckpunkte des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes vorstellte. – Das ist die Realität, die wir hier vorfinden.

Wir erleben, dass – nach einer Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes – von 100 Kindern hoher sozialer Herkunft 84 der Übergang in die gymnasiale Oberstufe und 74 ein Studium gelingt. Doch von 100 Kindern unterer sozialer Herkunft gelingt nur 33 der Übergang in eine weiterführende Schule, und nur noch acht überwinden tatsächlich die Hürde, um ein Studium aufzunehmen. Das ist die Realität, die wir hier haben. Es ist das Gegenteil von Chancengleichheit, es ist das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit. Was Sie hier machen, ist ein sozial unerträglicher, bildungspolitischer Skandal.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Pinkwart das Wort.